

Schatten über Europa

Trotz schöner Worte gibt es kaum Chancen,
EU-Fördermittel für erneuerbare Energien zu bekommen.

Aus dem Skandal vor zwei Jahren um die Manipulation bei der Vergabe von Fördermitteln hat die Europäische Kommission gelernt: Im nächsten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung wird möglicherweise kein eigenes Budget für die erneuerbaren Energien bereitstehen. Damit wäre eine Kontrolle, ob vorgegebene Ziele eingehalten werden, unnötig - mangels Zielen. Ende 1995 nämlich war ruckbar geworden, daß Projekte, die nach den Kriterien des Joule-Programms bereits als förderungswürdig eingestuft waren, nachträglich auf die Reserveliste verbannt wurden. Unter den Tisch fielen vor allem Vorhaben im Bereich Photovoltaik, aber auch beispielsweise ein neuartiger Antrieb für Windräder der inzwischen in Konkursnähe geratenen Firma Tacke in Salzbergen. Etwa 50 Zurückstufungen gab es dem Vernehmen nach, die genaue Zahl wurde indes nie bekannt. Damit wollten die Hüter der Fördertöpfe rund 60 Prozent des für erneuerbare Energien vorgesehenen Budgets ihren Kumpeln bei der fossilen Konkurrenz zuschieben. Die Manipulation drängte an die Öffentlichkeit und eine eigens beauftragte »Fact-Finding-Group« sorgte für eine komplette Neuausschreibung.

Budget ja, Kontrolle nein

Die Auseinandersetzung um einen speziellen Topf für erneuerbare Energien dauert schon sechs Jahre. »Bereits 1991 beschloß das EU-Parlament, daß dafür der gleiche Betrag zur Verfügung stehen soll, wie für Fusionsforschung. Passiert ist aber bis heute nichts,« beschreibt der Präsident von Eurosolar, Hermann Scheer. Nachdem der



Foto: Europaparlament

Ministerrat 1994 endlich die Voraussetzungen schaffen wollte, die für erneuerbare Energieträger reservierten Mittel auch tatsächlich zu kontrollieren, machte die Kommission ihren ganzen Einfluß beim Parlament geltend, einen eigenen Titel dafür zu verhindern. Mit der Beschwichtigung, man wolle schon dafür sorgen, daß die Erneuerbaren die vorgesehenen Fördergelder auch tatsächlich erhalten, schuf das Parlament einen Sammeltopf für nicht-nukleare Energien: das Joule-Thermie-Programm, aus dem auch fossile Energieträger bedient werden.

Aus dem Versprechen der Kommission ist bekanntermaßen nichts geworden. »Es gibt genug Kommissare, die Verbindungen zur Nuklearlobby haben«, berichtet ein Insider. Ob sie ihren Einfluß allerdings noch lange aufrecht erhalten können ist fraglich. Denn die Stimmen, die eine verstärkte Förderung der Erneuerbaren fordern, werden auch innerhalb von Ministerrat, Parlament und Kommission immer lauter. So setzte sich EU-Kommissar Christos Papoutis im Mai für ein 500.000-Dächer-Programm für Solarstromanlagen ein. Auch das von der Kommission Ende letzten Jahres präsentierte Grünbuch, ein Diskussionspapier für erneuerbare Energien, war in weiten Teilen äußerst positiv und wurde öffentlich zur Diskussion gestellt. Insgesamt 70 Reaktionen bekam die Kommission daraufhin von En-

ergieversorgern, Umweltverbänden und Privatpersonen. Inzwischen haben das Parlament in Straßburg und der Ministerrat die Kommentare gesichtet und ihre Stellungnahmen abgegeben.

Die wichtigsten Forderungen der Parlamentsausschüsse sind die Aufstockung des Altener-Programms auf mindestens 840 Millionen ECU bis 1998, einheitliche Einspeiserichtlinien für Strom aus erneuerbaren Energieträgern verbunden mit einem Mindestentgelt, das die laufenden Kosten deckt, sowie ein 1-Million-Dächer-Programm für Photovoltaik-Anlagen mit Förderung von 50 Prozent der Investitionskosten. Nur: Bisher gibt es keinen Ansatz, diese Forderungen im fünften Rahmenprogramm zu berücksichtigen. Im Gegenteil: Die Mittel für erneuerbare Energien werden möglicherweise sogar gekürzt (für Altener sind gerade mal 30 Millionen ECU vorgemerkt) und wahrscheinlich in einem Gemeinschaftstopf untergebracht, der eine Überprüfung der Zuordnung sehr erschwert.

Anträge stellen

Ob sich dann Förderanträge überhaupt noch lohnen, ist fraglich. Denn ein solcher Antrag bindet Geld und Kräfte. Als Vorleistung müssen Projektskizzen eingereicht werden, deren Ausarbeitung nach den strengen und komplizierten Richtlinien der Kommission leicht eine Halbtagsstelle über Monate binden kann. Die Stolperstricke sind zahlreich: Anträge, die beispielsweise ohne die geforderte Zahl von Kopien eingereicht werden, »landen bereits beim Pförtner im Papierkorb«, klagt ein Antragsteller. Allein der Leitfaden dafür umfaßt 18 Seiten. »Für kleine und mittelständische Unternehmen ist die Förderpraxis der EU kompliziert und zu aufwendig«, urteilt Harry Lehmann, Mitarbeiter des Wuppertal In-

stituts für Klima, Umwelt und Energie. Größere Unternehmen, wie die Firma Pilkington Solar aus Köln oder der Modulproduzent BP Solar, finden sich oft besser in den Strukturen des EU-Behördenapparats zu recht und haben bereits erfolgreich Anträge eingereicht. Hin und wieder schaffen es aber auch kleinere Betriebe, am Fördertopf teilzuhaben, wie beispielsweise die Firma Biohaus aus Paderborn, die gemeinsam mit deutschen und spanischen Partnern ein Lehrprogramm für Photovoltaik ausarbeitet.

Internationale Zusammenarbeit ist eine der zahlreichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Projektantrag. »Zusätzlich empfiehlt es sich, ein auf EU-Anträge spezialisiertes Consulting-Büro zu beauftragen«, rät Willi Ernst von Biohaus. Diese Kosten in Höhe von einigen tausend Mark werden in manchen Bundesländern, beispielsweise Hamburg, sogar erstattet. Daneben gibt es einige Erfahrungswerte: Ein finanzieller Rahmen zwischen 0,5 und 5 Millionen ECU sowie drei bis fünf Projektpartner haben sich als vielversprechend erwiesen. Derartige Tips sind im Internet auf der offiziellen Homepage der EU unter www.cordis.lu nachzulesen.

Für Projekte mit erneuerbaren Energien stehen vor allem drei Programme zur Auswahl: »Joule«, »Thermie« und »Altener«. Während der mit rund 50 Millionen ECU ausgestattete Altener-Topf ausschließlich für die Erneuerbaren reserviert ist, wird etwa die Hälfte des Joule-Thermie-Budgets für fossile Energiequellen vergeben. Innerhalb des aktuellen Rahmenprogramms sind dafür insgesamt eine Milliarde ECU vorgesehen, die genau wie beim Altener-Programm zum größten Teil schon vergeben ist. Lediglich für sogenannte »begleitende Maßnahmen«, wie zum Beispiel Studien, lohnt sich noch eine Anfrage. Darüberhin-

aus gibt es noch zahlreiche weitere Programme, wie zum Beispiel »Fair« für Biomasse, aus denen clevere Antragsteller ebenfalls theoretisch noch Mittel für erneuerbare Energien abschöpfen könnten. Löblicherweise werden Förderanträge für Projekte mit erneuerbaren Energien jedoch für Joule und Thermie gestellt. Die letzten Ausschreibungsfristen hierfür sind allerdings bereits im Mai abgelaufen. Wer gefördert wird, steht erst gegen Ende des Jahres fest. Denn so leichtfertig die bei dem Joule-Skandal vorgenommenen Bewertungen über den Haufen geworfen wurden: erarbeitet wurden sie auch damals äußerst penibel. Ein Antrag muß je nach Programm zwischen ein und drei Entscheidungsrunden durchlaufen. Abschließend vergibt die Kommission die Fördermittel, ohne jedoch an die Empfehlungen vorangegangener Expertenrunden gebunden zu sein. Erst dann wird ein Vertrag mit dem Antragsteller ausgehandelt, was gut und gern noch einmal drei bis fünf Monate dauert - wenn nämlich die Kommission einerseits noch zahlreiche Extrawünsche hat und andererseits die Förderhöhe reduzieren möchte. Obwohl es Bestrebungen gibt, die Vergabe der Fördermittel zu beschleunigen und durchsichtiger zu gestalten, »ist es eine Tatsache, daß die Kommission immer langsamer arbeitet«, weiß ein Mitarbeiter der Kommission. Auch deren Entscheidungsfindung ist nicht einfach nachvollziehbar. Mit der Bitte um eine Erklärung konfrontiert, stößt man schon mal auf Unverständnis: »Ach du liebe Güte, Sie stellen Fragen!«

So ungewiß die Zukunft der Förderung ökologischer Energiegewinnung ist, so wenig Sorgen brauchen sich die Freunde des Atomstroms machen: Ihre Fördermittel von rund 1,4 Milliarden ECU sind per Euratom-Vertrag schon jetzt gesichert.

Anne Kreutzmann